ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Direction des finances DFIN
Finanzdirektion FIND

Rue Joseph-Piller 13, Postfach, 1701 Freiburg

T +41 26 305 31 01, F +41 26 305 31 10
www.fr.ch/find

An die bei der Staatskanzlei
akkreditierten Medien

Freiburg, 26. September 2018

Medienmitteilung

—

Staatsvoranschlag 2019 legt den Schwerpunkt auf Investitionen und Digitalisierung

Der Staatsvoranschlag 2019 des Kantons Freiburg weist mit einem Ertragsüberschuss von 0,2 Millionen Franken ein ausgeglichenes Ergebnis aus. Insbesondere dank der Zunahme einiger Fiskalerträge und gewisser Anteile an Bundeseinnahmen kann der Staat seine Investitionspolitik fortsetzen und die Grundlagen für die Entwicklung der Verwaltung 4.0 schaffen.

Der Voranschlagsentwurf 2019 weist folgende Hauptergebnisse aus:

> Zunahme von Aufwand und Ertrag um 2,2 %;
> Ertragsüberschuss von 0,2 Millionen Franken in der Erfolgsrechnung, womit das verfassungsmässige Haushaltgleichgewicht erreicht ist;
> Bruttoinvestitionsvolumen erneut über der 200-Millionen-Franken-Marke;
> Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen von 60,9 %;
> Eigenkapitalentnahme von 65,9 Millionen Franken zur Finanzierung der Investitionen.

1. Ertragsüberschuss von 0,2 Millionen Franken in der Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag erhöhen sich zwischen dem Voranschlag 2018 und dem Voranschlag 2019 um 2,2 % gegenüber 1,5 % im Vorjahr.

Erfolgsrechnung	**Voranschlags-entwurf 2019**	Voranschlag 2018		Veränderung 2018– 2019
	Mio.	Mio.	Mio.	%
Ertrag	**3584,0**	3508,0	+ 76,0	+ 2,2
Aufwand	**3583,8**	3507,8	+ 76,0	+ 2,2
Saldo	**+ 0,2**	+ 0,2	-	-

2. Zunahmen der Eigenmittel und der Fremdfinanzierung halten sich praktisch die Waage, aber erneut rückläufiger Einnahmen aus dem Finanzausgleich

Nach Sachgruppen entwickeln sich die verschiedenen Erträge wie folgt:

Ertrag der Erfolgsrechnung	**Voranschlags-entwurf 2019**	Voranschlag 2018	Veränderung 2018– 2019	
	Mio.	Mio.	Mio.	%
Fiskalertrag	**1361,9**	1337,6	+ 24,3	+ 1,8
Vermögenserträge, Entgelte	**377,3**	370,7	+ 6,6	+ 1,8
Transferertrag (wovon eidg. Finanzausgleich)	**1692,1** **(383,7)**	1658,3 (390,4)	+ 33,8	+ 2,0
Spezialfinanzierungen (Fonds und Rückstellungen)	**114,2**	109,3	+ 4,9	+ 4,5
Interne Verrechnungen	**38,5**	32,1	+ 6,4	+ 19,9
Total	**3584,0**	3508,0	+ 76,0	+ 2,2

Die stärksten Veränderungen zwischen den Voranschlägen 2018 und 2019 beruhen insbesondere auf einer positiven Entwicklung gewisser Steuereinnahmen sowie des Anteils an der direkten Bundessteuer der juristischen Personen, letztere hauptsächlich wegen des Wegfalls von Steuerermässigungen für gewisse Unternehmen. Im Voranschlag 2019 ist ein weiterer Rückgang bei den Finanzausgleichszahlungen des Bundes zu verzeichnen (– 6,7 Millionen Franken). Gestiegen sind die Bundesbeiträge für die Verbilligung der Krankenkassenprämien sowie für das Asylwesen. Weiter soll 2019 der Infrastrukturfonds vermehrt beansprucht werden; die Entnahmen sind entsprechend den Fortschritten der verschiedenen finanzierten Projekte und dem budgetierten Bauvolumen angepasst worden, namentlich für die Sportanlagen (Freiburger Eisstadion) und die Infrastrukturen für das Bildungswesen.

3. Aufwand unter Kontrolle und Umsetzung der Verwaltung 4.0

Die Hauptaufwandkategorien des Staates entwickeln sich wie folgt:

Aufwand der Erfolgsrechnung	**Voranschlags-entwurf 2019**	Voranschlag 2018	Veränderung 2018– 2019	
	Mio.	Mio.	Mio.	%
Personalaufwand	**1302,1**	1279,7	+ 22,4	+ 1,8
Sachaufwand	**369,3**	364,0	+ 5,3	+ 1,5
Transferaufwand	**1699,9**	1675,5	+ 24,4	+ 1,5
Abschreibungsaufwand	**122,4**	103,3	+ 19,1	+ 18,5
Finanzaufwand und Spezialfinanzierungen	**51,6**	53,2	– 1,6	– 3,0
Interne Verrechnungen	**38,5**	32,1	+ 6,4	+ 19,9
Total	**3583,8**	3507,8	+ 76,0	+ 2,2

2019 nehmen die beiden grossen Ausgabenkategorien Personal- und Transferaufwand etwa im gleichen Umfang zu wie 2018, obwohl ihre Zuwachsrate unter derjenigen des Gesamtaufwands bleibt. Die Zunahme des Personalaufwands ist insbesondere auf die Schaffung neuer Stellen (+ 123 VZÄ netto) vor allem im Unterrichts- und Bildungswesen, auf Lohnerhöhungen (Lohnstufenanstieg) und auf die höhere Beteiligung des Staates an der AHV-Vorschuss-Finanzierung zurückzuführen.

Beim Abschreibungsaufwand ist entsprechend den geplanten Investitionen ebenfalls eine deutliche Zunahme (+ 18,5 %) zu verzeichnen.

Der Staatsvoranschlag enthält ausserdem höhere Kantonsbeiträge für die Sondereinrichtungen als Ausdruck des Willens, im Kanton mehr Plätze für Menschen mit Behinderungen bereitzustellen.

Für die Informatik werden 15 Millionen Franken mehr als im Voranschlag 2018 budgetiert. Die Digitalisierungsstrategie der Verwaltung 4.0 soll vorangetrieben und ausgebaut werden, weshalb der Staatsrat beschlossen hat, das IT-Rahmenbudget für 2019 auf 43,7 Millionen Franken aufzustocken, um die vielen Herausforderungen der Digitalisierung zu bewältigen und die verschiedenen Projekte dieser Strategie umzusetzen.

4. Weiterhin umfangreiches Investitionsprogramm

Das für 2019 vorgesehene Investitionsvolumen ist ähnlich wie 2018 und liegt erneut über 200 Millionen Franken:

	Voranschlags-entwurf 2019	Voranschlag 2018	Veränderung 2018– 2019	
	Mio.	Mio.	Mio.	%
Bruttoinvestitionen	**205,1**	207,1	– - 2,0	– 1,0
Nettoinvestitionen	**168,7**	159,0	+ 9,7	+ 6,1

Die Regierung verfolgt auch im Voranschlag 2019 ein ehrgeiziges Investitionsprogramm, insbesondere unter Einbezug von Elementen in Bezug auf die Immobilienstrategie des Staates, wonach Erwerb und Bau von Immobilien der Miete vorzuziehen sind.

Der gemessen am Richtwert für gesunde öffentliche Finanzen relativ geringe Selbstfinanzierungsgrad von 60,9 % bedingt im Voranschlag 2019 eine Vermögensentnahme von 65,9 Millionen Franken, um die Investitionen finanzieren zu können.

5. Fazit

Mit dem Voranschlag 2019 lassen sich die bestehenden Leistungen des Staates konsolidieren und gleichzeitig verschiedene Hauptprojekte der Regierung vorantreiben. Das nach wie vor umfangreiche Investitionsprogramm ist Ausdruck des Willens des Staatsrats, ein ehrgeiziges Infrastruktur-entwicklungsprogramm weiterzuverfolgen, sei es in den Bereichen Verkehr, Bildung, Sport, Sicherheit und E-Government. Alle Direktionen haben grosse Anstrengungen im Hinblick auf einen ausgeglichenen Haushalt unternommen.